

Ja. Ich habe das immer befürwortet. Wenn die Bedingungen korrekt sind, in jedem Fall. Wir haben die LTTE in der Vergangenheit dazu zu überreden versucht; sie sollte Personen dafür nominieren. Wir wollten auch eine neutrale Person aus einem neutralen Land gewinnen. Die LTTE hat alles abgelehnt.

Was, glauben Sie, sind die zu erfüllenden Vorbedingungen zur Schaffung einer neutralen Schlichterinstanz?

In erster Linie müßten wir den Eindruck bekommen, daß sich die LTTE wirklich um eine friedliche Konfliktlösung via Verhandlungen bemüht, und nicht die Dauer von Verhandlungen dazu nutzt, sich zu reorganisieren, um dann wieder zuzuschlagen, wie sie es viele Male zuvor schon praktiziert hat.

Was muß passieren, damit Sie zu dieser Ansicht kommen können?

Ich könnte Ihnen zahlreiche nennen. Wir verlangen jetzt von der LTTE eine vollständige Beendigung der Kampfhandlungen und der Waffengänge, bevor wir den Verhandlungsdialog mit ihnen wieder aufnehmen können. Doch natürlich kann die Einbeziehung einer dritten Partei, die Kontakt herstellt und Gespräche beginnt, unabhängig davon geschehen, wenn andere Prämissen erfüllt sind.

Wenn morgen der LTTE-Führer Parbakaran öffentlich bekanntgibt, er wolle mit der Regierung über einen Vermittler verhandeln, der von beiden Seiten akzeptiert werden könnte, wie würde Ihre Regierung dann reagieren?

Wir müßten das sorgfältig prüfen. Grundsätzlich wären wir glücklich darüber. Aber es hängt davon ab, wer der Vermittler ist. Es haben sich schon zahlreiche Personen bzw. Organisationen angeboten - Friedens-NGOs, deren eigene Existenz von ihrer Involvement in den Friedensprozeß abhängt, verschiedene Persönlichkeiten und sowie einige Staaten. Wir werden deren Eignung genau unter die Lupe nehmen und dann entscheiden.

Wo hat Ihre Regierung bisher versagt? Was würden Sie beim

Blick zurück heute anders machen?

Ich würde es nicht Versagen nennen, aber unser größtes Defizit besteht darin, es nicht geschafft zu haben, den öffentlichen Sektor zu reformieren oder wenigstens seine Starrheit etwas zu verändern. In allen anderen Bereichen haben wir unsere Ziele realisiert oder sind jedenfalls auf dem besten Wege dazu. Wir wollten hauptsächlich vier Dinge verwirklichen: Erstens, das Terror-Regime (der UNP, d.Red.) beseitigen und die Demokratie wiedereinführen. Zweitens, den Bürgerkrieg zu einem Ende bringen. Während meiner Amtszeit waren wir da sehr erfolgreich, wie ich meine. Wir hatten schon viel erreicht, politisch wie militärisch. Obwohl wir auf dem richtigen Wege sind, so wünschte ich mir doch, daß einiges anders gelaufen wäre. Drittens, der Kampf gegen Korruption. Man kann davon ausgehen, daß auf den höheren Ebenen die zu treffenden wichtigen Entscheidungen nicht aus monetärem Eigennutz, sondern einzig zum Wohl des Landes getroffen worden sind. Wir mögen im besten Glauben Fehler gemacht haben, aber Korruption war da sicher nicht im Spiel. Auf den Ebenen darunter ist Korruption zwar noch virulent, doch inzwischen sehr minimiert, weil wir es oben nicht mehr zulassen. Viertens, ein erfolgreicher Kampf an der wirtschaftlichen Front. Der ist auf einem vielversprechenden Weg, wiewohl ich mir erhoffe, der Entwicklungsprozeß käme schneller in Gang. Wir haben schon viel erreicht, und das bei all den Hindernissen, die durch den Bürgerkrieg hervorgerufen worden waren. Aber leider sind wir, wie gesagt, bei einer Reformierung des öffentlichen Dienstes bis dato gescheitert. Und da glaube ich, müssen wir jetzt einschneidende Maßnahmen ergreifen. International haben wir ebenfalls an Ansehen zurückgewonnen, aber auch da bleibt noch viel zu tun. Vor dem Hintergrund des bis heute Erreichten, bin ich jedoch zufrieden und zuversichtlich, daß wir auch noch unsere übrigen Ziele erfolgreich erreichen werden.

(Das Interview, das in gekürzter Form übernommen wurde, erschien in 'Frontline', Madras, 4. Oktober 1996. Übersetzung: Bernd Basting)

Politik der Umsiedlung

Von A.S. Panneerselvan

Der jüngste Strom srilankischer Flüchtlinge droht für die indische Regierung zu einem diplomatischen Minenfeld zu werden.

Zeigt sich auch die aktuelle Migration von eintausend Flüchtlingen in den indischen Bundesstaat Tamil Nadu verglichen mit der Flüchtlingsflut in den 80er Jahren als eine Marginalie, so entstehen damit doch für die Politik im südlichen Indien einige Turbulenzen. Nach dem Attentat auf Rajiv Gandhi 1991 hatte es nahezu keine Flüchtlingswanderungen mehr aus den von Tamilen besiedelten Gebieten Sri Lankas nach Indien gegeben. Die wachsenden Spannungen auf der Insel wurden gemeinhin als eine

"innere Angelegenheit" betrachtet und Delhi hatte sich als bereits gebranntes Kind fortan für eine Strategie der Zurückhaltung im Volksgruppenkonflikt entschieden. Die Einnahme der Halbinsel Jaffna durch sinhalesische Regierungstruppen im Dezember 1995 und deren Versuche, während der letzten Wochen die Killinochchi-Region einzunehmen, erzeugte dann zur Überraschung und Erleichterung Delhis bisher keinen Massenexodus nach Indien. Heute stammen die Menschen, die sich als Flüchtlinge über die Meerenge gerettet haben, nicht aus den nördlichen Jaffna und Killinochchi Distrikten und auch nicht aus den nordöstlichen Regionen von Mullaitivu und Trincomallee. Stattdessen stammen sie aus dem nordwestlichen Mannar-Distrikt. Die wachsende Eskalation des Konflikts in dieser Gegend und die brutale Weigerung der

srilankischen Regierung, die Menschen dort angemessen mit Nahrungsmitteln zu versorgen, zwingt sie dazu, die Flucht anzutreten. Und dies trotz der Überwachung dieser Gebiete durch srilankische Marine und indische Küstenwache.

Die Flüchtlingsbewegungen aus Sri Lanka könnten jedoch schnell politischen Zündstoff in Indien erzeugen. Zum einen könnten die Oppositionsparteien das Schreckgespenst einer Infiltration von LTTE-Kadern heraufbeschwören, zum anderen könnte die Unionsregierung dazu zwingen, öffentlich zur Krise in Sri Lanka Stellung zu beziehen. Sollte die indische Regierung dabei Colombo unterstützen, würde die in Tamil Nadu derzeit regierende 'Dravida Munetra Kazhagam' (DMK), die Mitglied der in Delhi regierenden 'United Front'-Regierung ist, schnell Gefahr laufen, als "Verräter der tamilischen Interessen"

gebranntmarkt zu werden. Wenn die Regierung aber den Bürgerkrieg verurteilt, dann bekäme die frustrierte Führung der bei den letzten Wahlen düpierten 'Congress'-Partei die Gelegenheit, wieder einmal den Geist Rajiv Gandhis heraufzubeschwören und die Regierungskoalition zu destabilisieren. Deshalb wäre wohl die beste Option für Delhi, einfach so zu tun, als ob in Sri Lanka überhaupt nichts passiere.

Zu allem Überflus könnte möglicherweise auch das Thema der indischen Fischer erneut auf die Tagesordnung kommen. Diese streiken schon seit drei Wochen aus Protest über den Regierungsbeschluß, drei Boote zu beschlagnahmen, die zum Transport von Sri Lanka-Flüchtlingen verwendet worden waren.

In dieser Situation gehen Not und Leid der Flüchtlinge fast gänzlich unter. Die Mehrzahl der zuletzt Geflohenen stammen aus einem Flüchtlingscamp aus dem Ort Pesalai, der sich auf der Mannar-Halbinsel befindet und von der srilankischen Armee kontrolliert wird. Diese Menschen waren nach dem Wahlsieg Chandrika Kumaratungas im Jahr 1994 zunächst hoffnungsvoll aus Indien in ihr Heimatland zurückgekehrt. Sie konnten jedoch ihre Dörfer nicht erreichen, weil sie von der Armee besetzt gehalten wurden. So mußten sie im Flüchtlingslager Pesalai verbleiben. Als der Bürgerkrieg im letzten Jahr erneut entbrannte, blieb ihnen keine andere Wahl, als wiederum zu fliehen. Dabei wurden sie für die südindischen Küstenfischer zu einer willkommenen Einnahmequelle: Für den Transport eines Erwachsenen berechnen diese eintausend Rupien, für den eines Kindes 500. Etwa das Dreihundertfache (!) dessen, was sie durch Fischfang verdienen können. Die erste Fähre von 20 Flüchtlingen erreichte die indische Küste am 31. Juli. Kontinuierlich folgten wei-

tere, bis am 18. August 435 Menschen gekommen waren und die Regierung im Bundesstaat Tamil Nadu zu hektischem Handeln zwang.

Die Regierung in Colombo beschuldigte ihrerseits die LTTE, für den Exodus verantwortlich zu sein: "Die 'Tiger' beabsichtigen, die Tamilenfrage durch einen Massenexodus erneut zu internationalisieren", meinte ein Sprecher des Außenministeriums in Colombo.

Die Flüchtlinge selbst beschuldigen die Kumaratunga-Administration, ihr gegenwärtiges Leid verursacht zu haben. So zum Beispiel Christoraj, ein Fischer aus Vangalai: "Nach jedem Angriff der 'Tiger' wurden wir grün und blau geschlagen. Unsere Söhne wurden zum Verhör abgeführt und verschwanden spurlos!" A. Ismail, der mit seiner verwitweten Mutter nach Indien kam, glaubt, daß die tamilische Volksgruppe in den Wirren von Terror und Gewalt untergehen wird: "Das Exil ist meine Art von Protest gegen die Gewalt", gesteht er. Die einhellige Meinung der Flüchtlinge ist die: Jeder nur einigermaßen geistig gesunde Tamile muß das brennende Land verlassen. Denn in den Krankenhäusern gibt es keine Ärzte, in den Universitäten keine Lehrer. Die zerstörten und verwüsteten Häuser können nicht wieder aufgebaut werden, weil es an Ingenieuren und Bauarbeitern mangelt. Die tamilischen Familien haben nur noch Frauen als Oberhaupt; die Alten, Kranken und Schwachen sterben ohne ihre Angehörigen.

So wird Tamil Nadu zum natürlichen "Mekka" ihrer Flucht, denn es liegt nur eine Bootsstunde von der Küste Sri Lankas entfernt. Der Regierungschef von Tamil Nadu, M. Karunanidhi, erklärte: "Es ist ja nicht so, daß wir sie einladen würden. Aber wenn sie hierher kommen und um Asyl bitten, können wir sie ja nicht einfach wieder zurückschicken.

Dann ist es unsere Pflicht, uns um sie zu kümmern."

Indes ist die Regierung Tamil Nadus in heftigem Streit mit den Fischern, die diese Hilfsbereitschaft zu ihren Gunsten ausbeuten und den Exodus nach Südin dien noch zusätzlich anheizen. Um das zu unterbinden, hat das Fischereiministerium nun angeordnet, die Flüchtlingsboote künftig aufzubringen und zu beschlagnahmen. Im Gegenzug beschuldigen die Fischer die 'Tamil Tigers', sie würden sie dazu zwingen, die Flüchtlinge von der Insel wegzubefördern. "Wir haben nur die Wahl zwischen zwei Übeln", heißt es.

Doch kein Flüchtling würde diese Theorie bestätigen. So erhellt P. Balakrishnan - ein Flüchtling, der am 25. August zur indischen Küste gelangte - die Lage: "Die indischen Fischer wissen genau, daß mehr als 10.000 Menschen im Mannar Distrikt darauf warten, nach Tamil Nadu mitgenommen zu werden, wo sie Schutz finden. Allein im Pesalai-Lager gibt es 2.500, die bereit sind, alles herzugeben, nur um ihr nacktes Leben zu retten. Stellen Sie sich vor, wieviel Geld die Fischer verdienen können, bei einem Fahrpreis von eintausend Rupien pro Person!"

Auch der Geheimdienst des Bundesstaates ist sich sicher, daß die Fischer heucheln. Die 'See-Tiger' operieren im Osten und im Norden. Die Westgrenze steht unter Kontrolle der indischen Marine. Unsere Fischer dringen in internationales Gewässer ein, überlisten die srilankische Marine und befördern ihre "menschliche Fracht" an die indischen Ufer. "Die Beschlagnahme der Flüchtlingsboote ist die einzige uns verbleibende Möglichkeit, den Flüchtlingsstrom einzudämmen", glaubt ein hoher indischer Marineoffizier.

(Übersetzung: Bernd Basting)

Interview

Suresh Premachandran ist Führer der 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF), eine der tamilischen Parteien, die in einem losen Anti-LTTE Bündnis zusammengeschlossen sind.

Vor einem Jahr hat die Regierung ihre Friedensinitiative vorgestellt. Was ist seither passiert?

Die fünf tamilischen Parteien (es handelt sich hierbei um die Anti-LTTE-Parteien: PLOTE, EPRLF, TELO, EPDP, EROS, d.Red.) haben ihre Vorschläge eingebracht, wie der Gesetzentwurf verändert werden soll. Aber die Regierung hat unsere Vorschläge nicht berücksichtigt. Man hat uns eigentlich nur zu verstehen gegeben, daß wir am Vertragscharakter nichts ändern könnten und wir das so hinzunehmen hätten. Wie es derzeit aussieht, wird es nicht möglich sein, das 'Devolution Proposal' mit einer zwei Drittel Mehrheit im Parlament zu verabschieden. So ist auch dieser erneute Versuch - wie schon so oft in den zurückliegenden Jahren - wahrscheinlich

zum Scheitern verurteilt. Wir sind deshalb sehr enttäuscht, weil wir dachten, die Regierung würde etwas unternehmen, aber die Regierung gibt derzeit der militärischen Option mehr Gewicht als dem Versuch einer politischen Lösung.

Die Präsidentin hätte nach ihrem Wahlsieg innerhalb der ersten sechs Monate den Konflikt lösen können. Während dieser Zeit hat es eine breite Mehrheit für Frieden und Zugeständnisse an die tamilische Bevölkerung auch auf sinhalaischer Seite gegeben. Danach ist dann jedoch so viel Negatives passiert, woran auch die LTTE ihren Anteil hat, daß sich das Blatt wieder vollkommen gewendet hat. In dieser Situation sagen die nationalistischen sinhalaischen Kräfte, die einzige Chance sei, die LTTE militärisch zu be-